

Antrag L03: Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale**
2 **Solidarität**

3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte
8 Kräfte erstarben.

9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere
10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht
14 unterstützen.

15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre
17 Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen
19 Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des
27 Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische
28 Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

31 Zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine fordern wir einen sofortigen
32 Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem Ziel des vollständigen Rückzugs russischer
33 Truppen aus der Ukraine.

- 34 • Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten
35 erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des
36 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.
37 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen
38 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
39 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen
40 erschwert, ist dringend notwendig.
- 41 • Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte
42 für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die
43 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass

- 44 sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den
45 Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt
46 nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet
47 wird.
- 48 • Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters, wie zum Beispiel von
49 Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig.
 - 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare
57 Vorschläge eingebracht.
 - 58 • Russland ist mehr als Putin! Auch in dieser Situation wollen wir
59 zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen weiter
60 erhalten, um uns damit dem wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Wir
61 wollen die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen, menschenrechtlich engagierten
62 und linken Akteuren in Russland, der Ukraine und Belarus sowie den anderen
63 osteuropäischen Ländern vertiefen. Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen
64 Russ*innen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte gegen Putin.
 - 65 • Geflüchtete müssen schneller aufgenommen werden. Wir unterscheiden nicht
66 zwischen Geflüchteten aus der Ukraine oder anderen Ländern: Menschenrechte sind
67 unteilbar. Die Geflüchteten sollen in unserer Gesellschaft schnell ankommen
68 können und schnell in dezentrale Unterbringung und an Arbeitsmöglichkeiten
69 kommen. Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen Asyl bekommen.
70 Durch den Krieg gegen die Ukraine mussten und müssen so viele Menschen fliehen
71 wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Die Kosten müssen innerhalb
72 der EU gerecht verteilt werden.
 - 73 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer
74 Weizenimporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in
75 großen Teilen Afrikas. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-
76 Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene endlich
77 wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen.

78 **Keine Aufrüstung ins Grundgesetz**

79 Im Windschatten des Entsetzens über den Krieg betreibt die Bundesregierung eine
80 Politik, in der die Solidarität der Menschen mit der Ukraine für ein gigantisches
81 Aufrüstungsprogramm missbraucht wird. Mit dieser Explosion der Rüstungsausgaben ist
82 aber weder den Menschen in der Ukraine geholfen, noch werden damit Frieden und
83 Sicherheit geschaffen, einzig die Rüstungskonzerne profitieren.

84 Mit dem „Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird das von der
85 NATO geforderte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben,
86 übererfüllt. Der von der Bundesregierung verkündete Kurswechsel bedeutet nicht nur
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf gegen den Klimaschutz und sozialer
88 Sicherheit hin zum Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz bedeutet,
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird.

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren
92 Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung
93 versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie

94 „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard
95 Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes
96 Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung
97 Militarisierung und Krieg auf die Bühne.

98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60
100 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für
101 Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht,
102 um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5
103 Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter
104 Abrüstung!

105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir
108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

110 Die politische Alternative besteht darin: investieren wir in Aufrüstung oder in
111 Klimaschutz, Schulen und Kitas, in Pflege und den sozialgerechten Umbau von
112 Wirtschaft und Gesellschaft? Unsere Antwort ist klar: Wir wollen den Klimawandel
113 bekämpfen und soziale Gerechtigkeit schaffen, statt in den Tod zu investieren. DIE
114 LINKE ist Teil der gesellschaftlichen Bewegung gegen die neue Aufrüstung.

115 In den vergangenen Jahren sind Abrüstungsverträge gekündigt oder gar nicht erst
116 unterzeichnet worden – ein schweres Versäumnis. Die Atomwaffenmächte kommen ihrer
117 Abrüstungsverpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nicht nach.

118 • Die UN-Vollversammlung hat für einen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) gestimmt,
119 der Anfang 2021 in Kraft getreten ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, den
120 Vertrag zu unterzeichnen.

121 • Deutschland soll sich für eine Wiederauflage des Vertrags zur Ächtung von
122 Mittelstreckenraketen zwischen den USA und Russland einsetzen.

123 • Die geplante Anschaffung von F35-Bombern ist nicht nur unverantwortlich teuer,
124 sondern dient auch der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands im Rahmen der NATO.

125 • Dies ist brandgefährlich und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Die
126 "nukleare Teilhabe" muss ausgesetzt, die US-amerikanischen Atomsprengköpfe
127 müssen aus Deutschland abgezogen werden.

128 **Für eine neue Friedensordnung**

129 In der medialen Debatte wird der Krieg oft als Konflikt zwischen autoritären und
130 demokratischen Systemen und als „Rückkehr des Krieges nach Europa“ dargestellt.
131 Dieses Bild ist falsch. DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch:
132 Wir vergessen nicht, dass vor etwa 30 Jahren mit den Jugoslawienkriegen, vor 20
133 Jahren mit dem „Kosovo-Krieg“, vor acht Jahren mit der Annexion der Krim das
134 Völkerrecht gebrochen wurde.

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 Militärbündnis, das – wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist – (geo-
137)strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben

144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine
149 „neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen
150 Folgen. Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,
152 Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

156 *„Vor vierzig Jahren, mitten im Kalten Krieg (zielte) der sogenannte „Palme-Bericht“*
157 *(...) darauf ab, durch das entspannungspolitische Konzept der gemeinsamen Sicherheit*
158 *zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beizutragen (...): Der Frieden in der Welt muss*
159 *sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung durch*
160 *gegenseitige Auslösung gründen. Angesichts der drohenden Ausweitung des bewaffneten*
161 *Konflikts in der Ukraine sehen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die*
162 *internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung, sich zu besinnen: Niemand*
163 *ist wirklich sicher, bevor es nicht alle sind. Militärische Machtdemonstrationen und*
164 *die gegenseitige Androhung und Anwendung bewaffneter Gewalt münden in Tod und Elend.*
165 *Was wir brauchen ist ein neues Verständnis von Sicherheit. Wir können die globalen*
166 *Probleme von heute nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es eine Politik der*
167 *gesamteuropäischen Kooperation. Krieg ist keine Lösung!“*

168 Wir halten daran fest, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Die multipolare
169 Weltordnung mit ihren verschiedenen imperialen Machtzentren braucht eine neue
170 Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den
171 Mittelpunkt stellt.

172 **1. Frieden durch kollektive Sicherheit, Verbindlichkeit des Völkerrechts und** 173 **Abrüstung**

174 Ein Gleichgewicht des Schreckens gibt keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn
175 alle sicher sind. Deshalb streiten wir für ein Sicherheitssystem, in dem nicht
176 Machtblöcke gegeneinander aufgestellt sind, sondern sich Staaten und Staatenbündnisse
177 gegenseitig binden. Wir treten langfristig für eine globale Friedensordnung unter
178 Einschluss aller Akteure ein, auch wenn dies durch den russischen Angriff auf die
179 Ukraine aktuell unmöglich erscheint. Abrüstung muss zentraler Bestandteil einer neuen
180 Friedensordnung sein. Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches
181 und friedliches Europa und eine solche EU ein, die der Abrüstung verpflichtet ist.

- 182 • Den Internationalen Strafgerichtshof wollen wir stärken. Auch wesentliche NATO-
183 Staaten haben das Römische Statut nicht unterschrieben, um sich vor
184 Strafverfolgung zu schützen – das muss anders werden!
- 185 • Waffenlieferungen lehnen wir ab, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete. Wir
186 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst
187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International
188 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im
189 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,
190 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der
191 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer
192 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer*innen, kein Militär, sondern
193 Ärzt*innen, Techniker*innen oder Wissenschaftler*innen.

194 **2. Friedenspolitik heißt auch: Überwindung von Armut und Umweltzerstörung.**

195 Wir treten dafür ein, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 wichtigster
196 Orientierungspunkt für die Außenpolitik Deutschlands und die EU werden. Die
197 Beseitigung von Hunger und extremer Ungleichheit, umfangreiche Konfliktprävention und
198 Abrüstung sind die Voraussetzungen für Frieden auf unserem Planeten. Wir wollen gute
199 Arbeit und Umweltstandards entlang der globalen Lieferketten garantieren. Es braucht
200 einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen
201 auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet.

202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des
203 Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als
204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und
205 einen gerechten sozial-ökologischer Umbau statt Wettrüsten und Rückschritte zu
206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare
207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir
208 fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare
209 Energien zu fördern.

210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den Industriestaaten finanziert wird,
214 insbesondere von ehemaligen Kolonialmächten. Solange die Länder im globalen Süden
215 ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir Wasserstoffimporte aus
216 diesen Ländern ab.

217 **3. Die UNO reformieren und stärken**

218 In einem ersten Schritt müssen die sozialen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen,
219 beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), gestärkt und exklusive
220 Foren wie die G7 überwunden werden. Die UN-Generalversammlung soll gegenüber dem
221 Sicherheitsrat und der Einfluss der Länder des Globalen Südens mehr Gewicht erhalten.

222 Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die
223 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder
224 das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der
225 Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich
226 ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Das
227 Welternährungsprogramm (WFE), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die
228 internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) müssen
229 finanziell entsprechend ihrer Aufgaben ausgestattet werden. Statt des Sondervermögens
230 von 100 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben könnte mehr Geld für die aufgezählten
231 UN-Organisationen viel zur Verhinderung zukünftiger Kriege beitragen.

232 Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der
233 Partei und mit Bündnispartner*innen, Wissenschaftler*innen und Zivilgesellschaft an
234 einer Aktualisierung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten, der
235 friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten.

236 Darin wollen wir unter anderem Vorschläge erarbeiten, wie die UNO demokratisiert und
237 kollektive Sicherheit in einer Zeit mit mehreren Großmächten erreicht werden kann.

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und

